

(Frau Minister Brunn)

- (A) ziehungsw~~e~~ise Zivildienst leisten müßten. Das ist etwas, was ich als Beiprodukt der Entspannung in Europa erwarte, daß man sich nämlich auf kürzere Zeiten für Wehr- und Zivildienst einigt, also nicht etwa gleich lange Zeiten anstrebt und die Erhöhung aussetzt, wie das jetzt geschieht, sondern sich auf niedrigere Wehrdienst- und Zivildienstzeiten verständigt, so daß man vielleicht wie Anfang der 60er Jahre nur ein Jahr zu dienen braucht. Die Studenten wären dann nämlich auch beim Verlassen der Hochschulen jünger.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 06 entsprechend den Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 10/4906 und 10/4975 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen.
- Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?
- Damit ist der Entwurf des Einzelplans 06 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 08: Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Abg. Thoben von der Fraktion der CDU das Wort.

- (B) Frau Thoben (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Sozialprodukt wird in der Bundesrepublik im Jahre 1989 real um 4 % wachsen. Das wird das Traumergebnis der 80er Jahre sein.

(Beifall bei der CDU)

An diesem Traumergebnis partizipiert auch das Land Nordrhein-Westfalen. Wir freuen uns darüber; wir begrüßen das.

(Beifall bei der CDU)

Das Land nimmt an diesem bundesweiten Aufschwung teil. Die Einnahmen sprudeln in bisher ungekanntem Ausmaß. Ich möchte das deshalb noch einmal festhalten, weil ich mich noch sehr gut an das Gezeter erinnere, was die Einnahmeschätzung anging, und an die nur sehr zögernde Nachlieferung der faktischen Daten.

Die Zahl der Arbeitsplätze ist beachtlich gestiegen. Die Ruhrgebietskammern attestieren der Wirtschaftsverfassung unter konjunk-

turellen Gesichtspunkten eine blendende Konstitution. Der Sachverständigenrat rühmt die Befindlichkeit, formuliert allerdings weitere Forderungen an das Fortentwickeln einer im marktwirtschaftlichen Sinne guten Wirtschaftspolitik auf Bundesebene.

(C)

Wir debattieren die Vorlage des Haushalts 1990 also in einem insgesamt wirtschaftlich glänzenden Umfeld.

Der Mittelstand in seiner ganzen Breite, Handel, Dienstleistungen, Handwerk, industrielle Kleinunternehmen, haben zu dem Anstieg der Arbeitsplätze in unserem Lande wesentlich beigetragen. Auch ihnen von dieser Stelle aus Dank.

Doch selbst wenn man in einer solchen Verfassung über Wirtschaftspolitik und Haushalt debattiert, bleibt zu prüfen: Ist das, was das Land originär beitragen kann und beitragen sollte, bereits so, wie es nach unserer Auffassung sein sollte?

Wir attestieren der Landesregierung gerne, daß sie versucht hat, sich Mühe zu geben. Aber wir müssen, wenn wir uns den Haushalt für das Jahr 1990 ansehen, hier doch eine Reihe von Fragen anmelden.

Herr Wirtschaftsminister, die Etatansätze im Einzelplan 08 haben im Zuge der Beratungen durch Ergänzungsvorlagen und zweite Ergänzungsvorlagen in einem Umfang und in einer Vielzahl von Etatpositionen Änderungen erfahren, die das Nachvollziehen, daß das Ganze von einem Gedanken von seiten der Landesregierung getragen war, nur noch schwer zulassen.

(D)

Sie haben einmal versucht, unter Einbeziehung der Strukturhilfemittel vorhandene Landesprogramme zu kürzen, um dann so zu tun, als ob Sie diese Strukturhilfemittel wieder auffüllen. Sie haben dabei den Grundsatz, den das Strukturhilfegesetz auch zum Gegenstand hatte, nämlich zusätzliche Maßnahmen im Lande zu bewegen, nur noch in Ansätzen erkennen lassen. Überwiegend dienen die Mittel in Ihrem Haushalt dazu, Streichungen bei Landesprogrammen wieder wettzumachen. Das sollten all die Menschen im Lande wissen, die sich Ihre Wirtschaftsförderungspolitik und den Beitrag des Bundes zu dem, was Sie hier tun, vielleicht nicht so klar machen.

Vor allen Dingen haben Sie, Herr Wirtschaftsminister - und darüber, glaube ich, brauchen wir eine sehr intensive Debatte -, den Beitrag der EG aus den verschiedenen Förderprogrammen, wie Sie es dargestellt

(Frau Thoben (CDU))

- (A) haben, frühzeitig etatisieren wollen. Sie haben - auch so könnte man es darstellen - darauflosgearbeitet und sich relativ wenig um die EG-vertraglichen Vorschriften gekümmert. Insofern bleibt die Zweite Ergänzung Ihres Haushaltes, gerade was die Stichhaltigkeit und die rechtliche Verbindlichkeit angeht, nach unserer Überzeugung höchst fragwürdig.

Sie vereinnahmen EFRE-Mittel aus einem Programm, dessen Richtlinien noch nicht rechtsverbindlich vorliegen, und sagen nach Kürzung von Etatpositionen, die Sie mit diesen Mitteln auffüllen, Sie gingen aber davon aus, daß das, was Sie unter der Hand erfahren, möglicherweise ausreicht, rechtlich zu rechtfertigen, was Sie jetzt schon im Etat, in einem Gesetz, festschreiben.

Wir halten das für einen gefährlichen Weg. Aber er paßt nach unserer Überzeugung in die Art der Politik, wie Sie sie verstehen: undurchsichtig, durcheinander, das Chaos nicht vermeidend, sondern eher gestaltend.

Sie haben zwei Landesprogramme, und zwar zwei zentrale, mit denen Sie immer wieder Werbung gerade im Mittelstand machen, das Technologieprogramm Wirtschaft und das Programm Zukunftstechnologien. Beide Programme stehen, soweit mir bekannt ist, bis heute noch unter EG-Vorbehalt. Das heißt, es ist rechtlich überhaupt nicht abgeklärt, was Sie aus diesem Programm derzeit noch be-willigen dürfen.

- (B) (Zuruf von der CDU: Keiner weiß nichts!)

- Keiner weiß nichts!

Das sind aber zentrale Programme, die jetzt sogar in der Zweiten Ergänzung zusammenge-strichen werden und aus einem anderen EG-Programm wieder aufgefüllt werden sollen, wobei niemand weiß, ob das rechtlich in der Form zulässig ist, wie das derzeit im Haus-haltsgesetz verankert wird.

Ich schildere das deshalb so ausführlich, weil das ein Beispiel für das ist, was Sie machen: Chaos veranstalten, rechtliche Unsicherheit zulassen, Undurchsichtigkeit der zu för-dernden und nicht mehr förderfähigen Pro-jekte geradezu zu organisieren.

Herr Minister, ich will das, selbst wenn es sich kleinlich anhören sollte, auch am Zeitablauf deutlich machen. Ihnen ist die Beratung im Fachausschuß und im Plenum offensichtlich vollständig egal - vollständig egal in dem Sinne, daß Sie eine frühzeitige

- Unterrichtung, damit die Ausschüsse etwas einbeziehen können, nicht für notwendig halten. Zumindest haben Sie sich persönlich einer solchen Informationspflicht entzogen. (C)

Am 28. November hat das Kabinett die Zweite Ergänzung zum Landeshaushalt beschlossen. Wir hatten am 29. November die abschließende Wirtschaftsausschußsitzung. Kein Wort von den bereits verabschiedeten Ergänzungen, die wesentliche Etatpositionen, über die wir beraten haben, betrafen. Am 30. November tagte der Haushalts- und Finanzausschuß, der vor derselben Situation stand. In der Presse konnte er etwas nachlesen. Nur: Unterlagen für die abschließende Beratung des Haus-haltsausschusses gab es nicht.

Ich trage das auch deshalb vor, weil das Original des Ergänzungshaushalts von der Landtagsverwaltung immerhin das Datum 28.11. trägt. Das heißt, es war vollständig bekannt und wurde bewußt den beratenden Fachausschüssen nicht so vorgetragen, daß man es in die Überlegungen einbeziehen konnte.

Ich halte das für ein weiteres Beispiel für die Arroganz der Macht, wenn man zu lange die absolute Mehrheit hat.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Wir bringen so viele neue Beispiele, Herr Wendzinski. Jedes neue Beispiel, das wir hier vortragen, erhöht den Neuheitsgrad. (D)

(Zuruf des Abg. Wendzinski (SPD))

Und dann etwas anderes, abseits dieser Beobachtung. Das trage ich Ihnen gerne vor, auch wenn es Sie stört. Von den Anträgen im Rahmen des Strukturhilfegesetzes, Herr Wendzinski - vielleicht überzeugt Sie das -, sind 50 bundesweit unter EG-Vorbehalt gestellt worden, weil nämlich nicht erkennbar ist, ob sie von der EG als förderfähig eingestuft werden. Womit erklären Sie sich, Herr Wendzinski, daß 35 von den 50 aus Nordrhein-Westfalen kommen? Haben Sie den Eindruck, daß hier besonders seriös gear-beitet wird? Oder haben Sie nicht vielmehr den Eindruck, daß man alles, was man ange-liefert bekommt, weiterschiebt, die fachliche Prüfung unzureichend macht und sich dann wundert, wenn nachgeordnete Dienststellen sagen: Liebe Leute, das geht überhaupt nicht.

(Wendzinski (SPD): Dafür ist die Bun-desregierung verantwortlich! - Gegenruf des Abg. Schauerte (CDU))

(Frau Thoben (CDU))

- (A) - Herr Weitzdinski, dann zitiere ich doch den Wirtschaftsminister. Wir haben heute morgen die Debatte noch einmal darüber geführt, welche Verfahren Sie eigentlich Antragstellern in diesem Lande inzwischen zumuten.

Mittelständische Unternehmen werden von Kommunalverwaltungen vor Durchführung der Regionalkonferenzen aufgefordert: Gebt doch schnell einmal ein paar Projekte an - weil die in dem Schreiben des Wirtschaftsministers gelesen haben, auch regionale Wirtschaftsförderung und Technologieprogramm Wirtschaft sollten jetzt dort mit Prioritäten verabredet werden. Dann melden die sich und werden selbstverständlich abschlägig beschieden, weil man sagt: So haben wir es nicht gemeint. Halten Sie das für einen Beitrag, Vertrauen in die Gründlichkeit und in die Ordnung von Politik zu erhöhen? Wir halten es für das Gegenteil!

Wir haben vom Wirtschaftsminister inzwischen gehört, daß er das alles nicht so ernst meint; rechtlich verbindlich sei es nicht. Trotzdem läßt er seinen Brief bestehen. Möglicherweise diene das alles auch nur einer statistischen Erhebung.

- (B) Herr Minister, das kann der Grund dafür sein, daß es in der Zweiten Ergänzung des Landeshaushalts plötzlich eine Etatposition gibt, für die die einzige Begründung lautet, daraus könnten Projekte gefördert werden, für die es bisher keinen Fördertopf gegeben habe. Entschuldigung! Ich glaube, wir würden überall im Lande noch Vorhaben, Ideen und sonst etwas finden, für die es keinen Fördertopf gibt. Das als ausreichende Begründung für einen neuen Etatansatz ist meines Erachtens ein Weg, der in einer Wirtschaftsordnung, die stärkere planwirtschaftliche und lenkende Elemente haben möchte, angebracht ist, in dem aber, worauf wir uns verständigt haben, für meine Begriffe nicht!

Jetzt passiert im Wirtschaftsressort folgendes - Herr Minister, ich hoffe, ich bin richtig informiert worden -: Die Beamten, die das Durcheinander in der ersten ZIN-Runde veranstaltet haben, sind wohl alle befördert worden. Wenigstens die, die das jetzt bearbeiten, behaupten, sie hätten gar keine Akte und würden sich deshalb an vorhandene Richtlinien halten.

Wenn das das Ergebnis der Beförderung wäre, daß man sich jetzt wieder auf bestehende, rechtlich verbindliche Richtlinien festlegen würde, würden wir das sehr begrüßen. Nur sind wir uns da noch nicht ganz so sicher.

- (C) Meine Damen und Herren, wir brauchen hier im Lande Nordrhein-Westfalen abseits dieser Veränderungen, die ich vorgetragen habe, was das Verfahren angeht, selbstverständlich auch die Punkte, die heute morgen bereits von der F.D.P. vorgetragen worden sind. An uns werden alle Beratungen, sowohl was die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren als auch den Abbau von Bürokratie angeht, nicht scheitern. Das kann ich von hier aus für die CDU-Fraktion zusagen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte aber einen Punkt hinzufügen: Wir werden erleben, daß wir eine ganze Reihe von Wachstumspotentialen - ob im Bereich Wohnungsbau oder Betriebsansiedlung - auch deshalb nicht hinbekommen, weil wir uns hier im Lande auf Siedlungsschwerpunkte verständigt haben, die bedeuten, daß 130 Gemeinden am besten schrumpfen sollten, wenn es nach diesen Zielvorstellungen ginge. Und wann immer dort etwas Neues geübt, geplant, ausprobiert werden soll, fallen die durch den Rost.

- (D) Herr Minister, Wirtschaftspolitik ist ressortübergreifend. Wir würden Sie gern in solchen Fragen als Verbündeten im Kabinett gewinnen. Vielleicht könnten Sie doch in der einen oder anderen Frage bei Herrn Zöpel oder auch bei Herrn Matthiesen einmal erreichen, daß sie sich solchen Überlegungen öffnen. Wir alle wären dann ein Stück weiter, als wir es jetzt sind, auch was faktische Wirtschaftsförderung und das Ausschöpfen von Wachstumschancen angeht.

Lassen Sie mich ein Weiteres sagen! Unsere Sorgen bei der Einrichtung der Investitionsbank, daß sie zu Wettbewerbsverzerrungen führt, werden jetzt schon bestätigt, Herr Minister. Fragen Sie bitte Beteiligte, wie sich das Bankenverfahren beim Technologieprogramm Wirtschaft auswirkt. Die Fachgremien - das sollen ja wohl Leute von ZENIT sein - beraten, selbstverständlich parteifern. Und was passiert? Die WestLB scheint dazu zu neigen - ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken -, Anträge, die über Sparkassen bei ihr landen, unter anderem auch vor dem Hintergrund bevorzugt zu behandeln, daß es daneben ja auch noch ein Kreditgeschäft zu realisieren gäbe.

Wir haben immer davor gewarnt, diese Verquickung vorzunehmen, und haben uns für eine Trennung ausgesprochen. Ich bin dankbar für die Zusage des Finanzministers, daß er, wenn unsere Befürchtungen sich bestätigen, das noch einmal überdenken will. Ich bitte Sie sehr, uns dabei zu helfen, daß

(Frau Thoben (CDU))

- (A) er es überdenkt. Er ist nämlich ein weiterer Kollege im Kabinett, der im Moment dabei ist, Ihnen Zuständigkeiten abzugraben, die wir eigentlich ganz gern weiter bei Ihnen gesehen hätten.

(Schauerte (CDU): Er fragt den schon gar nicht mehr!)

Lassen Sie mich einen letzten Punkt herausgreifen. Wir haben eine Mikat-Kommission gehabt, die eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet hat. Herr Minister, ich habe im Ausschuß bereits mein Bedauern darüber ausgedrückt, daß ein sehr zentraler Punkt von der Landesregierung bisher nicht aufgegriffen worden ist, nämlich die Frage: Wie binde ich denn die Tarifvertragsparteien, sprich: Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, in den Erneuerungsprozeß ein? Was erwarte ich von denen in der Tarifpolitik? Was erwarte ich von denen in bezug auf die Einbeziehung von Arbeitnehmerweiterbildung in Tarifverträge?

Wir sind der festen Überzeugung, daß das unter Gesichtspunkten des Abbaus und der Vermeidung von Arbeitslosigkeit im Strukturwandel ein zentraler Punkt gerade hier in Nordrhein-Westfalen sein müßte. Die Landesregierung - ich höre das wenigstens nicht - nimmt diesen Dialog insbesondere mit den Gewerkschaften in unserem Lande nicht auf. Und sie ist auch trotz heftigen Nachfragens - wenigstens nach meiner Einschätzung - nicht bereit, das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz so zu verändern, daß auch innerbetriebliche Weiterbildung darunterfällt - ein Vorschlag der Mikat-Kommission, den wir nur nachhaltig unterstützen können.

(B)

Letzte Anmerkung! Heute morgen ist gesagt worden, Energiepolitik sei ebenfalls ein zentrales Thema. Ich bestreite das nicht. Wir haben es häufig hier debattiert.

Ich möchte auf zwei Aspekte hinweisen, die wir angeregt haben. Wir haben eine Große Anfrage "Industriestrompreise" eingebracht. Die Antwort liegt vor. Wir werden dazu eine ausführliche Debatte im Januar haben.

Die CDU-Fraktion hat außerdem einen Kongreß zum Problem CO₂ durchgeführt. Wir sind nicht der Auffassung, Herr Wirtschaftsminister, daß man Braun- und Steinkohle bei diesem Problem ausblenden darf, wenn es darum geht, nach den Instrumenten zu suchen, die das Problem vermeiden helfen.

Auch darüber brauchen wir ein sehr intensives Gespräch mit der Landesregierung. Wir

brauchen es vor allen Dingen deshalb, weil Nordrhein-Westfalen bisher ein Energieexportland ist. Es liefert also Energie und Strom an andere Teile unter anderem der Bundesrepublik. Wird es das weiterhin tun können, wenn wir unsere Energieversorgung nicht auf einen so modernen technischen Stand bringen, daß wir hier mit geringeren Umweltproblemen auskommen, als wir sie derzeit hinnehmen müssen? (C)

Das wird einen erheblichen zusätzlichen Bedarf an Strukturwandel in unserem Lande auslösen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn die Landesregierung vor diesem Hintergrund ihre Einlassungen, unter anderem auch ihre Programme zur rationellen Energieverwendung, noch einmal dahin gehend überprüfen würde, ob sie eigentlich die richtigen Ansatzpunkte hat.

Im Erläuterungsband dazu ist wenig von dem zu sehen, was wir für notwendig halten.

Präsident Denzer: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Frau Thoben (CDU): Ich bin sofort fertig. - Wir haben heute morgen eine Grundsatzdebatte gehabt, unter anderem über Grundfragen der Wirtschaftsordnung und des Sozialismus. Ich fände es gut, wenn der Wirtschaftsminister dieses Landes heute abend deutlich machen würde, daß er die soziale Marktwirtschaft nicht nur für verteidigungswürdig, sondern für entwicklungsfähig hält und für einen - ich möchte es in aller Bescheidenheit sagen - durchaus geeigneten Exportschlager. (D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Westermann das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

(Dr. Pohl (CDU): Jetzt will er wieder sagen, was er selbst alles geleistet hat!)

Westermann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu der Rede von Frau Kollegin Thoben anmerken, daß ich im Vergleich zu heute morgen doch das, was sie heute abend gesagt hat, als recht wohltuend empfunden habe, sowohl was den Inhalt betrifft wie auch den Ton ihrer Ausführungen.

(Doppmeier (CDU): Das war eine Aussage, die mußte kommen. Das müssen Sie sagen, wenn das Fernsehen noch dabei ist!)

(Westermann (SPD))

- (A) Es wäre natürlich redlicher gewesen, wenn sie diese positive Einschätzung der Wirtschaftslage in unserem Land schon heute morgen vor noch größerer Öffentlichkeit dargelegt und das nicht heute abend getan hätte, wo niemand mehr da ist. Denn heute abend hat sie wirklich ein realistisches Bild über die Situation in unserem Land gezeichnet.

Die Situation ist gut. Wir sind bei der Bewältigung des Strukturwandels vorangekommen. Aber, worauf wir im Zusammenhang mit dem Haushalt 08 Wert legen, ist, daß die gute konjunkturelle Situation nicht davon ablenken darf, daß es weiteren Handlungsbedarf gibt. Wir müssen unsere Wirtschaftsstruktur weiter verbessern; denn wir alle wissen, daß dieser konjunkturelle Boom, wie er jetzt ist, nicht alle Zeit anhalten wird. Dann werden Strukturprobleme wieder deutlicher zutage treten.

In diesem Sinne haben wir in unserem Haushalt 08 unter anderem Vorsorge zu treffen. Wir meinen, daß das in diesem Haushalt durch die verschiedenen Formen der Leistungssteigerung, der Förderung des Wirtschaftswachstums, bei der Mittelstandspolitik und auch im Bereich der Technologieförderung geschieht.

Gerade zur Technologieförderung, zu der ich heute morgen nichts gesagt habe, möchte ich doch noch einmal betonen, daß sie äußerst wichtig ist zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir haben eine hervorragende wissenschaftliche Infrastruktur. Der Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen funktioniert in unserem Land. Wir begrüßen das. Wir sehen darin erhebliche Chancen für neue Arbeitsplätze. Auch der Landeshaushalt trägt dem Rechnung; denn allein in 1990 sind wieder 282 Millionen DM in den verschiedenen Technologieprogrammen vorgesehen.

- (B) Unsere strukturpolitischen Bemühungen werden auch durch den Landeshaushalt 1990 im Wirtschaftsbereich abgedeckt. Ich habe heute morgen schon gesagt, welche Anstrengungen wir im Bereich "Zukunftsinitiative Montanregionen" unternommen haben: 1,58 Milliarden DM, d. h. 70 % der Finanzierung der Zukunftsinitiative Montanregionen, allein durch das Land. Ziehen wir die Gemeinschaftsaufgabemittel und die RESIDER-Mittel ab, dann sind das 1,08 Milliarden DM reine Landesmittel. Hinzu kommt das, was insgesamt in den Jahren 1988 bis 1993 dargestellt wird in der regionalen Wirtschaftsförderung, bei RESIDER und bei EFRE, also noch einmal 897 Millionen DM. Zusammengenommen ist das ein Beitrag des Landes von rund 1,9 Milliarden DM zum Strukturwandel!

Wir meinen, daß dieses Geld gut angelegt ist. Aber wir meinen auch, daß damit die Möglichkeiten angesichts der finanziellen Voraussetzungen erschöpft sind. Wenn die CDU-Fraktion uns heute einen Antrag vorgelegt hat - zu einem Thema, das wir übrigens noch im Landtag beraten werden -, nämlich die Rückflüsse aus den bedingt rückzahlbaren Strukturbeihilfen an die Stahlunternehmen einseitig für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur einzusetzen, dann können wir das in dieser Form nicht akzeptieren.

(C)

Wir haben bereits im Wirtschaftsausschuß deutlich gemacht, daß, wenn überhaupt daran gedacht werden sollte, zurückfließende Stahlbeihilfen wieder für Strukturpolitik einzusetzen, das dann nur derart geschehen kann, daß der Bund seine zwei Drittel Komplementärmittel dazugibt. Einzelne isolierte zusätzliche Strukturprogramme sind angesichts der Aufwendungen, die wir schon jetzt aus dem Haushalt bestreiten, nicht erforderlich.

Zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und zum Abbau der Bürokratie können wir, glaube ich, zumindest in der Grundaussage zwischen allen Parteien Konsens feststellen. Die Frage ist nur, ob und in welcher Form es Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Auch dieses Thema haben wir schon gesondert diskutiert und werden es, wie wir es im Wirtschaftsausschuß gesagt haben, auch in Zukunft weiter als ständige Aufgabe betrachten.

(D)

Was ich zur Tarifpolitik von Frau Kollegin Thoben gehört habe, hat mich allerdings ein bißchen erstaunt. Wenn gefordert wird, daß die Politik auf die Tarifpartner Einfluß nimmt, dann, meine ich, kommt diese Forderung gerade von der CDU aus der falschen Ecke; denn eigentlich gibt es doch gerade aus ordnungspolitischer Sicht derer, die möchten, daß der Staat sich aus der Wirtschaftspolitik heraushält, große Bedenken, auf die Tarifpartner Einfluß zu nehmen. Wenn die CDU dies fordert, dann wundert mich das. Für uns hat die Tarifautonomie der Tarifpartner Vorrang.

(Zustimmung des Abg. Wessel (SPD))

Meine Damen und Herren, zu den einzelnen Haushaltsbereichen nur ganz kurz! Wir unterstützen, daß die Landesregierung in die Zweite Ergänzungsvorlage zum Haushalt 08 ein ZIN-Ergänzungsprogramm aufgenommen hat. Dabei war natürlich nicht allein Kriterium, daß es kein Förderprogramm für bestimmte Maßnahmen gibt, sondern wir haben im Wirtschaftsausschuß schon deutlich gemacht, daß

(Westermann (SPD))

- (A) es hier um Maßnahmen der beruflichen Erstausbildung, der Qualifizierung, des Technologietransfers geht. Von daher ist damit nicht einfach einmal Geld in die Welt gesetzt, sondern es sind weitere wichtige Beiträge zum Abbau von Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung unserer Wirtschaftsstruktur.

Lassen Sie mich zu dem, was in der Zweiten Ergänzungsvorlage dargestellt ist, hinzufügen: Erfreulicherweise - das ist auch schon zunehmende Tendenz - beteiligt sich die EG deutlicher und wirksamer als der Bund an Strukturhilfeprogrammen, insbesondere für Nordrhein-Westfalen.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Das ist aber eine kühne Behauptung!)

Wir können feststellen, daß mit der Zweiten Ergänzungsvorlage feststeht, daß 60 Millionen DM in 1990 aus dem EFRE-Programm eingesetzt werden.

Allerdings, Frau Kollegin Thoben, kann ich Ihnen nicht folgen, wenn Sie sagen, daß der Landesanteil - die entsprechenden 30 Millionen DM - überwiegend durch Streichung erbracht werde.

(Frau Thoben (CDU): Strukturhilfen!)

Wir haben in der Wirtschaftsausschußsitzung - gestern war es, glaube ich - genau erläutert bekommen, daß wir 15 Millionen DM des Landesanteils als eigenes Geld in die Hand nehmen.

(B)

(Frau Thoben (CDU): Als Strukturhilfe, Herr Westermann!)

Also stimmt das "überwiegend" schon nicht; denn es ist ja die Hälfte, und 50 % ist nicht "überwiegend". Also, 15 Millionen DM nehmen wir bar in die Hand, und 15 Millionen DM werden dann durch entsprechende Kürzungen bei den verschiedenen Technologieprogrammen aufgebracht, wobei aber gestern im Ausschuß deutlich gemacht worden ist, daß das auch für die Technologieprogramme keine Kürzung bedeutet. Denn mit den EFRE-Mitteln ist es möglich, weiterhin diese technologischen Dinge zu fördern. Und da dann die EG-Komplementärmittel hinzukommen, erweitern sich sogar die Möglichkeiten der Technologieförderung. Insofern also keine Verschlechterung bei den Technologieprogrammen, aber 15 Millionen DM echtes neues Bargeld des Landes, zusammen mit 30 Millionen DM der EG, so daß aus diesem EFRE-Programm für 60 Millionen DM strukturwirksame Maßnahmen gefördert werden können.

Lassen Sie mich kurz zu den Änderungsanträgen zum Entwurf der Landesregierung, die die SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuß gestellt hat, etwas sagen. Wir haben es für wichtig erachtet, daß die regionale Wirtschaftsförderung - Landesaufgabe - um 10 Millionen DM, nämlich von 84 auf 94 Millionen DM, erhöht wird. Die Investitionstätigkeit in unserem Lande ist erfreulicherweise so gut, daß die Mittel so stark ausgeschöpft sind, daß der Bewilligungsspielraum praktisch null wäre, wenn wir nicht aufstocken würden.

(C)

Darüber hinaus haben wir gefordert, daß 800 000 DM zur Förderung von örtlichen und regionalen wirtschaftspolitischen Initiativen zur Verfügung gestellt werden. Wir haben heute morgen diskutiert, daß es nicht sinnvoll ist, jetzt noch landesweit einen Mikat-Bericht oder einen Strukturatlas zu erstellen. Die Zeit dafür ist zu knapp. Die Verantwortlichen vor Ort kennen besser ihre örtliche Situation, wissen besser als wir, was zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur erforderlich ist, sind kompetenter, ihre Maßnahmen und ihre Ziele selber zu definieren. Wir helfen ihnen dabei, indem wir für Modellmaßnahmen für regionale Entwicklungskonzepte entsprechende Bezuschussungsmöglichkeiten schaffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Darüber hinaus liegt unser Antrag vor, im Bereich "Frau und Wirtschaft" 80 000 DM zur Verfügung zu stellen. Der Fachkongreß der Landesregierung zum Thema "Frauenförderung im Sparkassenbereich" am 30. August 1989 in Wuppertal war gut und ist auf große Resonanz gestoßen. Das, was dort modellhaft praktiziert worden ist, verdient ausgeweitet zu werden. Wir schaffen hierfür die Möglichkeiten.

(D)

Letztendlich haben wir den Änderungsantrag gestellt, die Mittel zur Förderung des Fremdenverkehrs um 100 000 DM bar und 200 000 DM Verpflichtungsermächtigungen aufzustocken. Wir wissen, daß die Entwicklung gerade im Dienstleistungsbereich, auch was die Schaffung neuer Arbeitsplätze betrifft, hervorragend ist. Wir möchten diese Entwicklung auch im Fremdenverkehr weiter unterstützen, nämlich durch neue Modellvorhaben für "sanften" Tourismus, auch Fahrradtourismus. Das ist einerseits eine wirtschaftsstrukturelle Maßnahme, andererseits auch eine Maßnahme zur Verbesserung des Images des Ruhrgebiets.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Die Arbeit für uns in Nordrhein-Westfalen wäre etwas leichter, wenn uns nicht immer wieder

(Westermann (SPD))

- (A) auf Bundesebene Knüppel zwischen die Beine geworfen würden.

(Lachen bei der CDU)

Ich sage das nicht polemisch. Nur, wenn Sie sich vor Ort ansehen, was zum Beispiel die 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes für freie Träger gebracht hat - das bedeutet den Zusammenbruch von Maßnahmen und damit neue Arbeitslosigkeit. Das können wir leider nicht wegdiskutieren. Und wenn ich daran denke, daß es mit der Steuerreform zu einem Wegfall der Investitionszulage kommt, bedeutet das auch die Reduzierung der strukturellen Handlungsmöglichkeiten in unserem Lande; denn der Wegfall der Investitionszulage, die ja steuerfrei war und einen doppelt so hohen Subventionswert hat wie ein Zuschuß, bedeutet eine Minderung des Subventionswertes der Gemeinschaftsaufgabe um 1,5 Milliarden DM, wobei nur ein Äquivalent von 500 Millionen DM als Ausgleich zur Verfügung gestellt wird. Auch dies ist ein Eingriff von der Bundesebene, der selbstverständlich Auswirkungen auf unsere Art der Wirtschaftsförderung haben wird.

Präsident Denzer: Herr Kollege!

Westermann (SPD): Das war es, meine Damen und Herren. Wir stimmen dem Einzelplan 08 mit den von uns beschlossenen Änderungen unter Ablehnung des Antrages der CDU-Fraktion so zu, wie er von der Landesregierung mit den beiden Ergänzungsvorlagen eingebracht worden ist.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Ich wollte eben noch versuchen, Sie auf eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte aufmerksam zu machen, aber Sie haben nicht reagiert.

Für die Fraktion der F.D.P. hat nunmehr Herr Abg. Tschöeltsch das Wort.

Tschöeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe für meine Fraktion heute morgen bereits ausführlich zur Wirtschaftspolitik Stellung bezogen. Ich darf mich deshalb in der jetzigen Debatte auf einen Punkt beschränken.

Es geht um die Zweite Ergänzung des Haushaltsentwurfs der Landesregierung. Wir haben ja gehört, daß in diesem Programm der EG, dem sogenannten EFRE-Programm, der Landesanteil 30 Millionen DM betragen wird. 15 Millionen DM davon werden durch "fresh money" zur Verfügung gestellt; 15 Millio-

nen DM werden durch Kürzungen in anderen Programmen bereitgestellt. Unter anderem werden 4 Millionen bei den Finanzierungshilfen nach dem Beschäftigungsorientierten Förderungsprogramm, 4 Millionen bei dem Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen "Rationelle Energieverwendung" und unter anderem auch 3 Millionen bei dem Technologieprogramm "Material- und Werkstoffentwicklung" gekürzt. (C)

Im Ausschuß wurde uns erläutert, Herr Minister, daß dies eigentlich keine Kürzungen seien; denn diese Maßnahmen würden Sie dann über das neue EG-Programm fördern.

Wir haben diesen Ergänzungshaushalt abgelehnt, weil wir sagen: Es bestehen noch keine offiziellen Richtlinien für das EG-Programm. Dann ist es leichtfertig, in den anderen Programmen des Landes bereits zu kürzen. Denn wir sind nicht sicher, ob alles nach dem neuen EG-Programm gefördert werden kann.

Herr Minister, ich habe mir dann angesehen, was zu diesem neuen Förderprogramm der EG gesagt wird. Da heißt es ja:

Zuweisungen der EG im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms mit der EG zugunsten von Regionen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind (Ziel 2).

Herr Minister, nun besteht in der Tat hier ein ganz gravierender Unterschied. Ich bitte Sie, uns den einmal zu erklären. (D)

Die Landesprogramme, die ich eben aufgeführt habe, gelten landesweit, das heißt, daß man in allen Regionen des Landes entsprechende Projekte fördern kann. Das neue EG-Programm gilt aber nicht landesweit, sondern nur für ganz spezielle, besonders hart betroffene Regionen. Wenn Sie auf diesen Widerspruch bitte einmal eingehen könnten! Dann stimmt nämlich all das, was uns im Wirtschaftsausschuß erzählt wurde, nicht, sondern das bedeutet dann, daß jetzt in einigen bestimmten Regionen schwerpunktmäßig gefördert wird. Damit nimmt man den übrigen Regionen - wir sprechen ja immer von Chancengleichheit für alle Regionen - Fördermittel weg. Ich bitte Sie, das in dieser Debatte aufzuklären.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der F.D.P. hat Frau Abg. Thomann-Stahl das Wort.

- (A) Frau Thomänn-Stahl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur ein paar Sätze zum Luftverkehr sagen.

Im Januar dieses Jahres haben alle Fraktionen gemeinsame Thesen über die Fortentwicklung des Luftverkehrs in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Ich glaube, wir müssen heute feststellen: Diese Konzeption wird zunehmend in Frage gestellt.

Der Ausbau des Flughafens Essen/Mülheim wird von großen Teilen der dortigen SPD, insbesondere, wie man hört, von dem künftigen Landtagsabgeordneten Hombach, bis zum Äußersten bekämpft. Auch in anderen Parteien regt sich, wie man feststellen kann, zunehmend Widerstand. In Mönchengladbach haben wir immer mehr Probleme mit der Akzeptanz als einem möglichen Satellitenflughafen für Düsseldorf. Die Düsseldorfer Begrenzungen wurden in einem Akt voraus-eilenden Gehorsams durch den Wirtschaftsminister bereits in Abstimmung mit dem Luftkoordinator verschärft

(Minister Dr. Jochimsen: Das ist doch absurd!)

- so war es doch -, obwohl noch gar keine zwingende Notwendigkeit dafür bestand. Köln/Bonn wird vor der Jahrtausendwende keine Schienenanbindung haben, und die Schnellbahnverbindung Düsseldorf-Köln/Bonn steht noch in den Sternen, und zwar unabhängig davon, ob sie oberirdisch oder unterirdisch gebaut wird, ob es eine Magnetbahn, eine IC-Verbindung oder etwas anderes wird.

(B)

Herr Professor Farthmann, Sie sind kürzlich in einem Interview darauf eingegangen - ich glaube, man kann sagen: Es ist ganz egal, ob wir eine Magnetbahnverbindung, eine IC-Verbindung oder eine S-Bahn-Verbindung planen. Keine wird vermutlich einen Tag früher als die andere kommen. Diese desolate Situation besteht nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der gesamten Bundesrepublik.

Auch ein vernünftiges Flugsicherungskonzept des Bundes existiert nicht. Es könnte viele, wenn auch nicht alle, Probleme lösen. Die Infrastruktur der Flughäfen und die europäische Luftverkehrskapazität haben ihre Grenze erreicht, teilweise überschritten. Einerseits müßte die Kontrollkapazität durch Ausbau und personelle Verstärkungen der Flugsicherungen dringend erhöht, andererseits der für den zivilen Luftverkehr verfügbare Raum erweitert werden. Dies heißt im

Klartext, meine Damen und Herren: Die der militärischen Flugsicherung übertragenen Lufträume müssen auch für den zivilen Luftverkehr verfügbar gemacht werden.

(C)

Die verkehrspolitischen Sprecher der F.D.P. in den Landtagsfraktionen und in der Bundestagsfraktion haben im letzten Jahr auf meine Initiative hin die Bundesregierung aufgefordert, entsprechende ressortübergreifende Maßnahmen in der Bundesrepublik einzuleiten und mit den Regierungen der anderen EG-Staaten abzustimmen. Wir sind der Überzeugung, daß die gegenwärtige Existenz von zwei Flugsicherungsorganisationen - der Bundesanstalt für Flugsicherung und der militärischen Flugsicherung der Bundeswehr, die miteinander konkurrieren -, nicht dazu geeignet ist, die Flugverkehrskontrolle im deutschen Luftraum in einer dem wachsenden Verkehrsbedürfnis entsprechenden Weise zu optimieren. Wir haben deshalb gefordert, daß die vom Verband Deutscher Flugleiter vorgeschlagene Konzeption zur Grundlage der dringend erforderlichen Reform verwendet wird. Die Flugsicherung gehört nach unserer Auffassung in Friedenszeiten in die Hand einer einzigen Behörde.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ein Teil der militärischen Flugsicherungskräfte könnte in einer Weise in diese Behörde integriert werden, daß sie sich voll auf die von ihnen als Soldaten im Spannungs- und Verteidigungsfall zu lösenden Aufgaben vorbereiten könnten.

(D)

Insgesamt meine ich, daß wir sowohl für die Flugsicherung als auch für die Flughäfen, was Bau, Ausbau, Ansiedlung, Kapazität etc. angeht, ein europäisches Konzept brauchen. Ein bundesrepublikanisches oder ein nordrhein-westfälisches Konzept greift zu kurz und kann die in diesem Bereich vorhandenen Interdependenzen nicht ausreichend berücksichtigen.

Ein grenzenloses Europa erfordert ein europäisches Konzept für Infrastrukturinvestitionen. Wir müssen großräumiger denken, als dies im Januar der Fall war. Ein grenzenloses Europa und die Veränderungen in den osteuropäischen Staaten bedeuten tiefgreifende Strukturänderungen in den hiesigen Regionen. Was bisher Randregion war, kann in der Zukunft in der Mitte liegen. Dies bedeutet völlig veränderte Anforderungen an die Infrastruktur und auch an die Infrastrukturpolitik.

Was den Luftverkehr angeht, so bin ich nach den Entwicklungen der letzten Monate zu der

(Frau Thomann-Stahl (F.D.P.))

- (A) Überzeugung gelangt, daß wir in Nordrhein-Westfalen ein Konzept brauchen, das die Entwicklungen in Holland, in Belgien und in Luxemburg berücksichtigt. Wir können vielleicht sogar nur gemeinsam mit diesen Ländern ein Konzept erstellen. Wir sollten deshalb meines Erachtens noch einmal beraten und uns über die möglicherweise damit verbundenen Konsequenzen sehr genaue Gedanken machen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. - Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Dreyer das Wort.

Dreyer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich will gar nicht leugnen, daß die Sorgen, die von Frau Thomann-Stahl angesprochen worden sind, berechtigt sind. Sie hat betont, daß wir im vergangenen Jahr gemeinsam hier einen Entschließungsantrag verabschiedet haben. Das, was sie gesagt hat, steht auch nicht im Widerspruch zu diesem Antrag.

Ich würde es allerdings auch nicht gern sehen, Frau Thomann-Stahl, wenn man die Bedenken, die jetzt aus der Bürgerschaft heraus deutlich werden, hier so zum Mittelpunkt unserer Aussprache im Landtag macht. Ich meine, daß wir gemeinsam die Aufgabe haben, dieses Konzept durchzusetzen, und daß jeder an seinem Platz daran mitarbeiten muß. Wir können nämlich verkehrspolitisch gar nichts mehr durchsetzen, wenn wir diese Bereitschaft nicht mitbringen.

(B)

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt für den Straßenbau ebenso wie für die Schiene und für Luftverkehrseinrichtungen.

Ich meine also, wir sollten das jetzt nicht zum Anlaß nehmen, uns entmutigen zu lassen, sondern uns vielmehr zur Zusammenarbeit herausfordern lassen.

Was die Schienenverbindung zum Flughafen Köln/Bonn angeht, teile ich das, was Sie kritisch zu der Äußerung von Herrn Farthmann gesagt haben. Herr Farthmann hat offenbar nicht genau gewußt, was in unserer Entschließung steht, nämlich daß wir eine S-Bahn-Verbindung zum Flughafen Köln/Bonn brauchen, daß wir den Flughafen in das ICE-Netz einbinden wollen und daß wir Transrapid anstreben, Herr Kollege

Farthmann. Das ist nie als Alternative gesehen worden. (C)

(Dr. Farthmann (SPD): Das habe ich auch gar nicht gesagt!)

- Vielleicht hat es die Presse ein bißchen falsch dargestellt.

(Dr. Farthmann (SPD): Da steht: ICE hat Priorität!)

- Aber Sie haben so getan, als käme nun gar nichts.

(Dr. Farthmann (SPD): Nein!)

Wir sind der Überzeugung, daß die Landesregierung hier tatsächlich zögerlich gehandelt hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Der S-Bahn-Anschluß könnte längst verwirklicht sein; das ist meine Überzeugung.

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Ich bin weiterhin der Überzeugung, daß am 13. Dezember, also in der nächsten Woche, die Entscheidung in Bonn über den Anschluß des ICE-Bahnhofs an den Flughafen Köln/Bonn fallen wird. Dieser Wettbewerbsvorteil ist dringend erforderlich.

Was die Frage der Luftsicherung angeht, so haben wir, Frau Kollegin, in dem Entschließungsantrag im vorigen Jahr schon gesagt, daß wir eine europäische Lösung anstreben. Das ist also nicht neu. Ich habe gar nichts dagegen, daß wir überlegen, auf welche Weise wir dies fortschreiben können. Ich glaube, daß unsere Reise in die Vereinigten Staaten deutlich gemacht hat, daß man wirklich dazu kommen muß, die militärische Luftfahrt in die zivile Luftfahrt zu integrieren. Das möchte ich ausdrücklich unterstreichen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Böse das Wort.

Böse (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle fest, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren eine Luftverkehrspolitik betreiben, die beispielgebend für die gesamte Bundesrepublik ist. Andere Bundesländer beneiden uns um unsere Regionalverkehrsflughäfen, die wir über das ganze Land verstreut haben. Wir müssen alles tun - da

(Böse (SPD))

- (A) stimme ich⁹ Herrn Dreyer zu -, daß wir diese hervorragende Ausstattung nicht nur erhalten, sondern daß wir sie auch qualitativ ausbauen und auf den neuesten Stand bringen, um gegenüber allen anderen Konkurrenten um uns herum Chancen zu haben. Das ist eine große Aufgabe, an die wir gemeinsam herangehen müssen und die wir gemeinsam erledigen müssen. Insofern war es im Januar eine historische Stunde, als die Entschließung von diesem Landtag einstimmig verabschiedet worden ist.

Herr Dreyer, zur S-Bahn-Verbindung! Diese Landesregierung fordert - ich weiß nicht, seit wie vielen Jahren - eine S-Bahn-Anbindung an den Köln/Bonner-Flughafen. Wer hat sich denn bis jetzt gesträubt? Das war doch die Deutsche Bundesbahn.

(Dr. Pohl (CDU): Aha!)

Die Bundesregierung hat die Deutsche Bundesbahn bis zum heutigen Tage jedenfalls noch nicht angewiesen - das könnte sie nämlich; machen Sie doch politisch Druck -, daß sie endlich den Vorschlägen dieser Landesregierung nachkommt und eine S-Bahn-Verbindung baut.

(Vereinzelt Zustimmung bei der SPD)

Das ist doch der Stand. Alles andere, was Sie hier erzählt haben, ist doch Quatsch.

- (B) Ich sage ein nächstes - das ist wirklich eine ganz entscheidende Frage -: Das Flugsicherungskonzept, das wir hier in der Bundesrepublik haben - und nicht nur in der Bundesrepublik -, ist so veraltet - wir haben das ja festgestellt -, daß ich zu dem Schluß kommen mußte: Wir trommeln, wenn ein Flugzeug hochgeht. Dann gehen wir an den Telefonapparat und informieren die nächste Überwachungsstelle: Das Flugzeug ist in Düsseldorf gestartet, jetzt übernehmt ihr bitte. Hier geht das per Telefon, in Amerika seit 1974 bereits über Computer. Wir hinken also 15 Jahre hinterher. Deshalb müssen wir die Bundesregierung und den Bundestag - ich sage: den gesamten Bundestag - dazu auffordern, das so schnell wie möglich abzustellen.

(Doppmeier (SPD): Herr Kollege Böse, da muß die frühere SPD-Regierung ganz schön geschlafen haben!)

- Natürlich! Ich habe doch jetzt gar nichts gegen die jätzige Bundesregierung gesagt. Ich habe gesagt: Der gesamte Deutsche

Bundestag muß dazu aufgerufen werden, dies schnellstens zu regeln. (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Da beziehe ich durchaus die vorhergehenden Regierungen ein, um das ganz deutlich zu sagen.

Ein letztes! Wir sollten - das haben beide Redner vor mir auch gesagt; da stimmen wir überein; darin unterstütze ich Sie; das sollten wir gemeinsam fordern - in der Bundesrepublik und über die Bundesrepublik hinaus in den EG-Staaten - ich gehe sogar weiter und sage: sowohl in Ost als auch in West - jetzt ein Zeichen der Entspannung setzen, indem wir der zivilen Luftfahrt Vorrang vor der militärischen Luftfahrt geben.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist in Amerika schon immer so der Fall gewesen. Die militärischen Flüge müssen vorher bei der zivilen Luftfahrt angemeldet werden. Dabei gibt es überhaupt keine Komplikationen. Im Gegenteil, sie arbeiten hervorragend zusammen. Ich halte dies für einen ganz zentralen Punkt, an dem wir arbeiten sollten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Herrn Jochimsen, das Wort. (D)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich darüber, daß heute abend in der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes Nordrhein-Westfalen offenbar eine weite Übereinstimmung besteht. Das war nicht immer so. Aber ich nehme das gern zur Kenntnis.

Es trifft zu, daß daran viele mitgewirkt haben. Und ich stehe nicht an, dies auch uneingeschränkt anzuerkennen. Daran haben die Unternehmen und die Arbeitnehmer mitgewirkt, daran hat auch die Bundesregierung mitgewirkt. Aber das Land und die Landesregierung haben auch ihren Teil getan, und zwar haben wir vor allem in den letzten zehn Jahren

(Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

strukturpolitisch in ganz erheblichem Maße den Boden dafür bereiten müssen, daß eine

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) Konjunktur, die ja bekanntlich nicht auf Gute und Böse und Attraktive und weniger Attraktive gleichmäßig regnet, auch tatsächlich im Lande Nordrhein-Westfalen angekommen ist. Ich nehme für uns in Anspruch, daß Ihr Geschrei von der Abkopplung, von der Entkopplung Nordrhein-Westfalens von der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, von dem Abfallen der Wachstumsraten und alles das inzwischen zur Makulatur geworden ist;

(Doppmeier (CDU): Kohl hat ja auch etwas getan!)

denn die letzten Jahre haben etwas anderes gezeigt und demonstriert. Die Leistungsfähigkeit, die Innovationsfähigkeit, besonders bei modernen Produkten und Produktionsverfahren, ist unter Beweis gestellt worden.

Ich will aber auch anfügen, meine Damen und Herren: Die Weltwirtschaft läuft gut. Das hat zu tun mit dem Börsenkrach vom Oktober 1987, vor mehr als zwei Jahren. Da haben sich nämlich die Notenbanken der Welt und die Regierungen verabredet, daß sie die ganze Weltkonjunktur ein bißchen auf der expansiveren Seite fahren wollen, eine Forderung, die wir schon in früheren Jahren immer wieder erhoben hatten, die aber leider nicht von der Bundesregierung geteilt worden ist.

- (B) Ich will auch gerne hervorheben, daß der Initiativkreis Ruhrgebiet - gerade Herr Dr. Herrhausen hatte hieran wie auch Herr Dr. von Bennigsen-Foerder einen sehr maßgeblichen Anteil - mit dazu beigetragen hat, daß im ganzen Land nun wirklich ein Aufbruch erfolgt und nicht nur Aufbruchstimmung, nicht nur Klima, sondern tatsächlich entscheidende Verbesserungen nach vorne zu beobachten sind.

Wir haben 1988 Gleichstand mit der Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Bundestrend erreicht. Auch das Ruhrgebiet findet, wie der Herbstbericht der Ruhrkammern herausstellt, allmählich wieder Anschluß. Ich will hervorheben, daß es trotz der erheblichen Schrumpfungen bei Kohle und Stahl hier heute wieder mehr Beschäftigungsmöglichkeiten gibt als vor fünf Jahren. Nur 7 % der Ruhr-Betriebe sind mit ihrer Geschäftslage unzufrieden.

Die bereits im Jahre 1988 kräftige Nachfrage nach nordrhein-westfälischen Investitionsgütern legte bis einschließlich September nochmals erheblich zu. Der Anstieg um real 10,5 % wurde wesentlich von der weiter verbesserten Auftragslage im Maschinenbau

des Landes getragen, der nämlich um sage und schreibe real 18,6 % wuchs - übrigens ein Spitzenwert unter allen Branchen, und dies gilt auch bundesweit.

Das heißt, auf der Innovationsseite attraktiver Produkte und Produktionsverfahren hat Nordrhein-Westfalen bei den Investitionsgütern, beim Maschinenbau, auch bei der Umwelttechnologie überall die Nase vorn. Es ist ja hier schon gewürdigt worden, daß seit 1984 mehr als 300 000 neue Arbeitsplätze entstanden sind und daß davon allein in einem Jahr, vom 1. April 1988 bis zum 31. März 1989, 100 000 hinzugekommen sind.

Aber ich will noch einen anderen Indikator nennen. Der Saldo aus Gewerbeabmeldungen und aus Gewerbeanmeldungen ist sprunghaft nach oben geschneilt, und zwar aus zwei Gründen: Die Gewerbeabmeldungen sind in der Zahl spürbar zurückgegangen, wie ja auch die Fragen von Konkursanmeldungen und alles, was damit zu tun hat, stark zurückgegangen sind - in Nordrhein-Westfalen übrigens stärker als in anderen Teilen des Bundesgebiets.

Andererseits ist die Zahl der Anmeldungen deutlich gestiegen, so daß wir von Anfang 1987 an einen Überschuß um fast 55 000 Betriebe registrieren können. Das bedeutet in der Tat, daß die wirtschaftliche Betätigung in Nordrhein-Westfalen attraktiv und lohnend ist.

Und da spricht Frau Kollegin Thoben heute morgen in einer Ansprache, die noch vom Fernsehen übertragen worden ist und die sich sehr von dem unterschieden hat, wie ich mir habe sagen lassen, was Sie hier heute abend gesagt haben, davon, daß Nordrhein-Westfalen den Einstieg in die Planwirtschaft probe oder durchführe.

(Frau Thoben (CDU): Das habe ich so nicht gesagt!)

Und Sie fordern von mir ein Wort zur sozialen Marktwirtschaft und zu Exportartikeln ein. Nun kennen wir ja dieses Stichwort "Exportartikel". Ich denke nur an bestimmte neue Technologien, von denen noch vor einigen Jahren gesagt wurde, daß sie weltweit rasant abgenommen würden.

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

Ich stehe hier nicht an zu sagen: Ees ist ganz klar, daß die Opposition in diesem Hohen Hause heute morgen den Versuch gemacht hat, ein Gegensatzpaar Marktwirt-

(C)

(D)

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) schaft/Sozialismus aufzubauen. Das ist ein falsches Gegensatzpaar. Das Gegensatzpaar heißt: Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, das heißt: Kommandowirtschaft oder freie Wirtschaft.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU) - Doppmeier (CDU): Wer ist denn für Planwirtschaft?)

- Herr Kollege Schauerte, Sie fallen immer durch besonders dummliche Zwischenrufe auf.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Also, der Versuch, der hier unternommen wird, ist ganz klar. Aber ich sage - und das haben wir hier in Nordrhein-Westfalen unter Beweis gestellt -: Ohne einen aktiven Staat geht das nicht. Sie selber sagen es ja, die Bundesregierung habe das alles fabriziert. Wenn die Marktwirtschaft eine Abstinenz für den Staat wäre, eine Veranstaltung, wo der Staat keine Rolle hätte, dann bräuchte man doch - -

(Zuruf von der CDU)

- Ja, die Frage ist also in der Tat diejenige, und um die ringen wir, welche Wirtschaftsordnung mit sozialverantwortlicher Gestaltung

(Frau Thoben (CDU): Einverstanden!)

- (B) vernünftig ist, und da sage ich ohne jede Einschränkung, daß sich die Marktwirtschaft in den meisten Märkten als überlegen erwiesen hat.

Präsident Denzer: Herr Minister - -

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: In der Frage der Luftverkehrspolitik hat Frau Kollegin Thomann-Stahl, die ja sonst immer auf der Marktwirtschaft herumreitet, mit Recht gesagt, hier müsse auch der Staat handeln. Tun wir also nicht so, als ob hier einfach über Begriffspaare im Sinne von Ja und Nein zu entscheiden sei,

(Zustimmung bei der SPD)

sondern stellen wir uns der Aufgabe, daß wir eine sozialverantwortete Marktwirtschaft haben wollen, in der der Staat - das ist hier der Bund, das ist das Land, die Europäische Gemeinschaft und die Kommunen - ihre Verantwortung wahrnehmen. Das tun wir, und darum ringen wir weiter.

Präsident Denzer: Herr Minister - -

- Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Unsere Erfahrung damit kann sich jeder einmal ansehen. (C)

Präsident Denzer: Herr Minister - -

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Einen Moment, Herr Präsident. Darf ich den Gedanken einmal eben abschließen? Sie können dann gleich die Frage stellen.

Aber dies jetzt mit der Sache "Exportschlagger" gleichzusetzen und jetzt auch die Forderung, daß wir wie Missionare weltweit und besonders in einem uns sehr naheliegenden benachbarten Land auftreten, mit dem wir gerne in eine nationale Einheit eintreten wollen, das wirft Fragen auf, die von Bevormundung, Überstülpung bis hin zur Verständigung und zum Verständnis reichen.

Ich will Ihnen hier ganz deutlich sagen: Ich möchte nicht dazu beitragen, daß in einer Schwarz-Weiß-Diskussion oder in einer Diskussion über Vorbedingungen und ähnliche Dinge ein Dialog kaputtgemacht wird. Ich möchte aber unsere Erfahrungen selbstbewußt einbringen. Das tue ich in jedem Gespräch mit jedermann, der uns hier besucht, und wir können dabei in der Tat auf Erfolge zurückblicken, die sich sehen lassen können.

Präsident Denzer: Herr Minister, ich wollte Sie nur fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte zulassen. (D)

(Minister Dr. Jochimsen: Selbstverständlich!)

- Dann hat Herr Abg. Schauerte, von der Fraktion der CDU das Wort.

Schauerte (CDU): Herr Minister, Sie haben erklärt, daß Sozialismus und Marktwirtschaft kein Gegensatz sei.

(Minister Dr. Jochimsen: Das habe ich nicht erklärt. Tun Sie doch nicht so. Das ist das falsche Gegensatzpaar, das Sie hier aufbauen.)

Sie haben erklärt, Sozialismus und Marktwirtschaft sei nicht das Gegensatzpaar, sondern Kommandowirtschaft und Marktwirtschaft.

(Minister Dr. Jochimsen: Ja.)

Und dann haben Sie gesagt, daß Sozialismus und Marktwirtschaft keine Gegensätze seien.

(Minister Dr. Jochimsen: Können durchaus vereinbar sein, können durchaus vereinbar sein!)

(Schauerte (CDU))

- (A) Kennen Sie ein System in dieser Welt, das sozialistisch ist und Marktwirtschaft hat?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich brauche mich in Europa mit den gemischten Wirtschaftsordnungen nur umzusehen. Ich kann da viele Elemente finden, wo in der Tat staatliches Eigentum an Produktionsmitteln eine Rolle spielt. Das heißt: Tun wir doch nicht so, als lebten wir in einer Welt, wo es nur das eine oder das andere gäbe, eine "Thatcher-Wirtschaft" oder eine "Kommandowirtschaft", wie sie Stalin errichtet hat. Wir leben doch in einer erheblich vielfältigeren Welt, wenn ich mir das etwa in Schweden ansehe. Oder sehen Sie sich das in anderen Ländern an.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte zu dem zurückkommen, was ich zum Einzelplan 08 im eigentlichen auszuführen habe. Ich möchte hier einen Gedanken einbringen, der, glaube ich, außerordentlich wichtig ist: Eine gute Konjunktur, die wir haben, fördert den Strukturwandel. Das ist völlig richtig. Umgekehrt gilt aber auch: Nur ein Strukturwandel ermöglicht, daß Konjunktur auch tatsächlich ankommt. Ich nehme für uns in Anspruch - -

Präsident Denzer: Herr Minister - -

(Minister Dr. Jochimsen: Nein, ich darf jetzt mal - -)

(B)

- Selbstverständlich! Ich wollte Sie ja nur fragen, ob Sie eine Frage des Herrn Abg. Schumacher zulassen.

(Minister Dr. Jochimsen: Nein, im Moment nicht.)

- In Ordnung! Mehr wollte ich ja nicht wissen.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Aber das Umgekehrte gilt auch: Ohne eine gute Strukturpolitik kommt auch die beste Konjunkturpolitik nicht an. Nun könnte man ja heutzutage sagen - es ist interessant, daß die Opposition diese Frage nicht gestellt hat -: Wenn jetzt die Konjunktur in Nordrhein-Westfalen so gut läuft und wir auch wieder Anschluß an den Bundestrend gefunden haben, könnte man doch eigentlich die Wirtschaftsförderung ein bißchen zurückschrauben; man könnte es, man braucht es vielleicht nicht. - Ich will Ihnen hier zwei Dinge deutlich sagen.

Im Augenblick läuft bei uns die Konjunktur hervorragend; aber wir stoßen in zahlreichen

Bereichen der Wirtschaft heute auf Kapazitätsgrenzen. Die Zahlen, bei denen die Auftragsgänge zweistellig und die Industrieproduktionszuwächse nur einstellig sind, nehmen zu, was darauf hinweist, daß hier Grenzen sind. Wir haben ja einen sehr starken Strukturwandel betrieben. Vielleicht haben wir an manchen Stellen - ich will nicht sagen: ihn übertrieben - aber massiven Abbau vorgenommen, auch im weitgestreuten vor- und nachgelagerten Bereich bis hin zur Bauwirtschaft, wo wir jetzt zusätzliche Kapazitäten brauchen könnten.

(C)

Deshalb ziehe ich daraus für die Wirtschaftspolitik des Landes den Schluß, daß wir fortfahren müssen, den Strukturwandel zu fördern, daß wir die Chancen nutzen müssen, die sich hier auch durch verstärkte Wirtschaftsförderung bieten. Daß dabei jetzt erstmals auch wieder Großprojekte in der privaten Wirtschaft anstehen, was 15 Jahre lang nicht der Fall gewesen ist, ist ein Zeichen der Standortgunst Nordrhein-Westfalens, besonders im Blick auf den EG-Binnenmarkt 1992.

Ich wollte hier nur bekräftigen, daß das Land gut beraten und die Landesregierung entschlossen ist, die Politik des mittelfristigen Strukturwandels durch ihre regionale Strukturpolitik und die anderen strukturpolitischen Maßnahmen fortzusetzen. Das heißt: Wir müssen jetzt die Chancen nutzen.

Jetzt kann Herr Kollege Schumacher, wenn er möchte, seine Frage stellen.

(D)

Präsident Denzer: Dann, Herr Kollege Schumacher, erteile ich Ihnen das Wort zu einer Zwischenfrage.

Schumacher*) (Kall) (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, Sie haben soeben ausgeführt, daß es eine gute Sache sei - ich sage das sinngemäß -, wenn wir unsere Erfahrungen an unsere Nachbarn weitergeben. Können Sie mir den Unterschied erklären zwischen "Erfahrungen weitergeben" und "einen Ratschlag geben"? Gibt es da für Sie einen Unterschied? Der Ministerpräsident hat das heute offenbar völlig anders gesehen.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich habe nun den Ministerpräsidenten nicht gehört; aber ich kann mir nicht vorstellen, daß wir hier unterschiedlicher Auffassung sind. Erfahrungen weitergeben, Ratschläge geben, ist etwas anderes, als wenn man Vorbedingungen stellt oder eine "Überstülpe" oder gar einen Anschluß oder etwas Ähnliches zu organisieren versucht. Denn es ist ja eine Frage, wie

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) wir unsere Kontakte im deutsch-deutschen Rahmen jetzt vernünftigerweise gestalten. Ich glaube, daß man das in der Tat nicht mit Siegerpose und mit der abschließenden Feststellung, es sei also eine bestimmte Ideologie endgültig untergegangen - die man dann auch noch so benennt, wie man will -, tun kann.

Ich glaube wirklich, daß die Erfahrungen mit der Kommandowirtschaft, mit der zentralen Planwirtschaft - ich habe darüber 30 Jahre wissenschaftlich gearbeitet - schwierige und verheerende Konsequenzen gehabt haben. Daraus müssen Folgerungen gezogen werden. Daran sollten wir mitwirken. Die Wirtschaftsministerkonferenz der Länder wird dazu auch morgen unter meinem Vorsitz - ich habe sie dazu einberufen - zusammentreten.

Das heißt: Hier liegen in der Tat große Fragen vor uns. Aber diese können nicht in dem von Ihnen so geliebten Schwarz-Weiß-Stil beantwortet werden, der ja hier bei uns vor allen Dingen aus innenpolitischen Gründen motiviert ist. Und das kann ich nicht scharf genug rügen.

Ich möchte jetzt im weiteren Teil meiner Ausführungen auf die konkreten Fragen eingehen, die hier in der Aussprache zum Einzelplan 08 gestellt worden sind.

Was die Zweite Ergänzungsvorlage angeht, zunächst zu Ihnen, Frau Kollegin Thoben! Ich darf hier vielleicht einfach ein paar Feststellungen treffen:

(B)

Am 29. November hat der Wirtschaftsausschuß - wenn auch nicht zum Haushalt - getagt. Jetzt stelle ich mir einmal die Reaktion der verehrten Frau Kollegin Thoben vor, wenn dort außerhalb der Tagesordnung gesagt worden wäre: "Herr Lehrer, ich weiß noch etwas. Es wird in einem Tag oder in zwei Stunden - ich weiß es nicht - eine Ergänzungsvorlage kommen, und die wird das und das enthalten." Dann hätten Sie sofort eine Unterbrechung der Beratungen verlangt und gebeten, daß die schriftliche Vorlage her muß, sonst könne man nicht beraten. Und es wäre die Frage aufgetreten: "Warum sagen Sie uns das eigentlich alles, Herr Minister? Das wird doch wohl im weiteren Haushaltsberatungsverfahren beantwortet werden."

Von daher konnte die Zweite Ergänzungsvorlage von uns in der Ausschusssitzung am 29. November gar nicht eingeführt werden. Darüber hinaus durfte die Zweite Ergänzungsvorlage für Sie als jemand, der die Haushaltsunterlagen liest, keine Überraschung sein; denn sie war ja in der Haushaltsrede

des Finanzministers und in der Ersten Ergänzungsvorlage, in der die Ansätze des EFRE, also des Europäischen Strukturfonds, auf der Einnahmeseite veranschlagt worden waren, angekündigt. Da war ja schon auf die Frage, wie das Land seinen Anteil bringt, gesagt worden, in einer weiteren Vorlage werden wir das Hohe Haus unterrichten und die notwendigen Vorschläge dazu machen.

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

(Zustimmung des Ministers Dr. Jochimsen)

- Bitte schön!

Frau Thoben (CDU): Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß die Landesregierung eine Beratung der Zweiten Ergänzungsvorlage in den Fachausschüssen für völlig überflüssig gehalten hat?

Ist Ihnen weiter bekannt, daß es ja außer der Auffüllung der Leertitel - es stimmt, daß das in der Einbringungsrede angekündigt war - auch um die Finanzierung geht, nämlich zum Beispiel um die Konsequenz, die das, so wie Sie es finanzieren wollten, für eine Reihe von Landesprogrammen hatte? Es sind ja auch noch andere Etatpositionen in Ihrem Etat verändert worden.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Frau Kollegin Thoben, Sie fragen jetzt noch einmal das, was Sie in Ihrer Rede gesagt haben und worauf ich jetzt ohnehin replizieren wollte.

(D)

Was das Verfahren angeht, so kann ich dazu nicht weiter Stellung nehmen. Es ist das übliche Verfahren, daß Ergänzungsvorlagen vorgelegt werden; dann muß der Landtag über das dafür erforderliche Beratungsverfahren entscheiden.

Sie haben kritisiert, wir hätten zu früh etatisiert. Sie sagen, es sei immer noch auf einem rechtlich unsicheren Boden oder wie immer Sie sich auszudrücken belieben.

(Frau Thoben (CDU): Ja!)

Ich stelle dies nachdrücklich in Abrede. Das dient nur der Verunsicherung. Wir schaffen hier für 1990 die Ermächtigung, daß wir das uns von der EG im März 1989 zugesprochene Programm durchführen können.

Wir wissen seit Oktober 1989, welche Haushaltsmittel die EG dafür vorsieht. Auf der

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) Seite des Landes und anderer müssen diese mit mindestens 50 % der Gesamtausgaben komplementiert werden.

Wo würden Sie denn stehen, wenn wir das nicht jetzt täten, sondern einem Nachtragshaushalt im April oder Mai vorbehalten würden? Dann würden Sie doch sagen, jetzt gehen die Chancen am Land vorbei; denn in Wirklichkeit könnten diese Voraussetzungen alle schon geschaffen sein.

Wir haben ja unsere Programme Ende März 1989 angemeldet. Wir haben ja in intensiven Gesprächen mit den Behörden der EG-Kommission über das Programm in allen wesentlichen Zügen Einigung erzielt.

Nächste Woche tagt noch einmal ein beratender Ausschuß. Dann wird in der Woche darauf die Kommission das Okay geben.

Soll ich mir in dieser wichtigen Phase des Strukturwandels vorwerfen lassen, gerade für die Montangebiete würde ich nicht die Strukturfondsmittel aus Brüssel abrufen lassen?

Warten wir es doch ab! Wenn es noch bis zum 10. Januar dauert, ist es auch kein Beinbruch. Nur, wenn ich erst dann einen Nachtragshaushalt ins Leben rufen müßte, dann könnte ich Ihre Kritik verstehen, aber nicht nach dem Verfahren, das ich jetzt dargestellt habe.

- (B) Dann zu der Frage, inwieweit hier - da haben Sie recht, Herr Kollege Tschoeltsch - "nichtregionalisierte" Landesprogramme gekürzt werden. Zahlen haben Sie nicht genannt; ich will sie einmal nennen: Wir haben beim Technologieprogramm Zukunft eine Kürzung von 51 Millionen DM auf 47 Millionen DM, also um 8 %, beim beschäftigungsorientierten Förderprogramm eine Senkung von 40 Millionen DM auf 36 Millionen DM, also um 10 %. Bei den anderen Etatansätzen ist die Kürzung entsprechend.

Der Gedankengang dabei ist einfach der, daß wir aus jeder Mark, die wir hier umsetzen, vier Mark machen, und zwar nicht nur, weil wir gleichzeitig die Mittel des Landes aufgestockt haben, sondern wir können davon ausgehen, daß die EG im Jahre 1990 30 Millionen DM zahlt, und das Land etatisiert ebenfalls 30 Millionen DM; davon werden 15 Millionen DM aus bestehenden Programmen genommen. Wir weiten also den Förderrahmen aus.

Ich sage Ihnen hier ausdrücklich zu: Bei den angesprochenen Programmen, die gekürzt

worden sind, werden wir das natürlich in einer Weise tun, daß dieses nicht etwa netto zu Lasten der Nicht-Fördergebiete Europäischer Strukturfonds geht, sondern - im Gegenteil -, daß wir diese Möglichkeiten dort voll behalten, aber die zusätzlichen Fördermöglichkeiten nutzen. (C)

Frau Kollegin Thoben, wenn man sich den Rahmen ansieht - der ursprüngliche Ausgabenansatz im Haushaltsentwurf lautete für den Einzelplan 08 3 308 742 400 DM, er lautet nach der zweiten Ergänzung 3 332 465 400 DM und wächst damit netto noch einmal um 24 Millionen DM -, dann ist das der Baransatz für 1990. Das ist die Ausweitung des Förderrahmens in 1990.

Gleichzeitig haben wir zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 372 Millionen DM einstellen können. Sie wissen so gut wie ich, daß im Fördergeschäft Verpflichtungsermächtigungen ebenso wichtig sind wie Baransätze.

Von daher die Schlußfolgerung zu ziehen, hier sei unter dem Strich gekürzt, kann ich überhaupt nicht unterstützen. Und daß wir auch mit unseren zusätzlichen Maßnahmen im Rahmen der Zukunftsinitiative Montanregionen und im Rahmen der Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens die Chancengleichheit für alle Regionen beachten wollen, habe ich bereits ausgeführt. Dankenswerterweise hat die SPD-Fraktion ja schon eine Aufstockung bei den regionalen Entwicklungskonzepten vorgeschlagen, die jetzt beschlossen werden wird. Damit haben wir die Möglichkeit, die Regionen landesweit und nicht nur in den Fördergebieten bei der Entwicklung von Regionalkonzepten zu unterstützen. Dieser Gedankengang ist der gleiche, der uns bei den zusätzlichen Maßnahmen leitet. (D)

Frau Kollegin Thoben, Sie haben erneut die Frage der Wettbewerbsneutralität der Investitions-Bank aufgeworfen. Ich höre diesen Vorwurf hier von Ihnen zum ersten Mal, und ich werde dem selbstverständlich nachgehen. Ich weiß aber auch - das ist auch bei dem Anhörungsverfahren im Haushalts- und Finanzausschuß ganz deutlich geworden -: In der Vergangenheit gibt es einen solchen Vorwurf, der belegbar ist, gegenüber der Westdeutschen Landesbank nicht. Ich werde strikt darauf achten, daß diese Wettbewerbsneutralität des Bankenverfahrens auch voll erhalten bleibt und daß hier keine Bevorzugung der einen oder anderen Bankenart Platz greifen wird.

Zum Abschluß hatten wir noch eine interessante Runde, die sich auf die Luftver-

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) kehrspolitik bezog. Ich habe es in der Tat so verstanden, Frau Kollegin Thomann-Stahl, daß Sie Ihre Zustimmung vom 26. April dieses Jahres nachträglich in Frage stellen.

(Frau Thomann-Stahl (F.D.P.) schüttelt den Kopf.)

- Dann habe ich Sie vielleicht falsch verstanden. Ich stimme Ihnen voll darin zu, daß wir bei der Flugsicherung nicht nur ein noch nicht vollständiges Konzept auf der Bundesseite haben, sondern daß das darüber hinaus einen absolut dringenden Handlungsbedarf auslösen muß. Dieser muß endlich auch befriedigt werden. Ich bin entschlossen, die Möglichkeiten, die die Landesregierung dabei über den Bundesrat und über die Verkehrsministerkonferenz hat, unverändert voll zu nutzen.

Lassen Sie mich anmerken, daß der von der DDR unterbreitete Vorschlag, eine Flugroute östlich von Berlin auf dem Territorium der DDR zu schaffen, die dann nach Bayreuth führt, also in Bayern auf unser Gebiet kommt, außerordentlich hilfreich sein kann, und zwar nicht zuletzt dann, wenn sie nicht nur für den innerdeutschen Flugverkehr verfügbar würde, sondern auch für den europäischen. Wir wissen, daß ein gut Teil unserer Belastungen daher rühren, daß sich gerade über Westdeutschland und gerade über Düsseldorf, Köln und Frankfurt die großen europäischen Überfluglinien befinden. Wenn der Luftraum der DDR verfügbar wäre - ohne daß die Rechte der Alliierten, ein Sonderproblem, zu dem ich mich jetzt nicht äußern will, tangiert würden -, dann wäre das eine Entlastung, die auch uns zugute käme, weil dann nämlich Skandinavien und Südeuropäer in einem sehr viel stärkeren Maße eine solche Route nutzen könnten und nicht auf unseren knappen Luftraum angewiesen wären.

(B)

Zu dem, was hier an Kritik an dem Fraktionsvorsitzenden, dem Kollegen Farthmann, geäußert worden ist, nämlich was die Verbindung zwischen den beiden Flughäfen angeht, was die Schiene oder die spurgebundene Verbindung anbelangt, kann ich Herrn Kollegen Böse nur nachhaltig unterstützen: Das ist wirklich böswillig mißverstanden, was Frau Thomann-Stahl hier gesagt hat. Es ist ganz klar: Wir brauchen alle drei Möglichkeiten.

Wir brauchen die S-Bahn-Anbindung beider Flughäfen möglichst günstig gelegen. Das heißt, für Köln/Bonn muß die Bundesregierung erst einmal den Bedarf anerkennen. Das hat sie zehn Jahre lang stets verweigert und auch heute noch nicht vollzogen. Das Land

- geht hier erneut in Vorlage, die Planungskosten der Bundesbahndirektion anzudienen, damit sie die S-Bahn-Planung in ein konkretes Stadium bringt. (C)

Das zweite ist die notwendige Entscheidung über die Streckenführung des ICE, denn diese Streckenführungsentscheidung droht den Ausbau des Fluggastgebäudes in Bonn zu verhindern.

(Zuruf von der CDU: Die Entscheidung fällt doch nächste Woche schon!)

- Ich höre, daß das nächste Woche passieren soll. Ich bin sehr dafür, daß es geschieht. - Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß wir diese drei Verbindungen brauchen und daß wir uns selbstverständlich auch vorstellen können, daß eine spurgebundene Verbindung mit einem Transportmittel erfolgt, das nicht Transrapid heißt. Uns kommt es darauf an, daß die Verbindung möglichst schnell geschaffen wird.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, Frau Kollegin Thomann-Stahl möchte eine Zwischenfrage stellen.

(Minister Dr. Jochimsen: Bitte schön.)

- Bitte schön!

Frau Thomann-Stahl (F.D.P.): Herr Minister, ist es Ihnen entgangen, daß ich mich nicht von unserem Beschluß aus dem Frühjahr dieses Jahres distanziert, sondern lediglich gesagt habe, er reiche nicht aus, wir müßten auf einer anderen Ebene weiterdiskutieren, und daß ich zweitens niemandem irgend etwas Böses unterstellt, sondern, lediglich ausgeführt habe, daß unabhängig davon, was man fordert, ob S-Bahn-, IC- oder Magnetbahnverbindung zwischen beiden Flughäfen, es sich mit Sicherheit nicht vor dem Jahre 2000 realisieren läßt? Auch dieses müssen wir zur Kenntnis nehmen. (D)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Den ersten Teil Ihrer Frage habe ich mit Vergnügen gehört und stimme Ihnen uneingeschränkt zu. Ich bin froh darüber, daß Sie nicht von Ihrem Beschluß abrücken wollen. Natürlich müssen wir weiter daran arbeiten, das Konzept auszufüllen und zu ergänzen; dazu bin ich jederzeit bereit. Ich würde es sehr begrüßen, wenn der Verkehrsausschuß des Landtages, was einmal andiskutiert worden ist, in einer Entschließung dem Landtag gegenüber zum Ausdruck brächte, wo die Schwerpunkte, was die Flugsicherung angeht, liegen, damit wir das dann in Bonn in den Bundesrat einbringen können.

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) Aber dabei, daß ich jetzt schon das Jahr 2000 als einen Fixpunkt festlege, werden Sie mich nicht erwischen. Wenn man so etwas sagt, setzt sich das in den Köpfen fest. Mir kommt es darauf an, daß beispielsweise die S-Bahn-Anbindung sehr viel schneller erfolgen kann, weil es dort gar nicht so sehr viele Ausbaurfordernisse im einzelnen gibt, was die Strecken anlangt.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, Herr Kollege Dreyer möchte eine Zwischenfrage stellen.

(Minister Dr. Jochimsen: Bitte schön.)

- Herr Kollege Dreyer, bitte schön!

Dreyer (CDU): Das kann hier nicht so stehenbleiben. Ich möchte den Minister fragen, ob er mir zustimmt, daß die S-Bahn-Verbindung in drei Jahren fertiggestellt werden kann.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ja, eben! Deshalb habe ich nicht das Jahr 2000 quergeschrieben.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich mit einer Bemerkung abschließen. Frau Kollegin Thomann-Stahl, Sie haben eingeleitet mit einer etwas kryptischen Bemerkung über "vorausseilenden Gehorsam", daß ich das umsetze, was der Kollege Riemer 1976 in den Planfeststellungsbescheid hineingeschrieben hat, was den Flughafen Düsseldorf angeht, Bau der parallelen Start- und Landebahn.

- (B) Ich möchte das nicht vertiefen, sondern ich möchte nur sagen: Dies ist nicht "vorausseilender Gehorsam", sondern der entscheidende Punkt ist, daß wir sicherstellen müssen, daß die Flugplangestaltung so vernünftig gemacht wird, daß wir nicht in den Abendstunden einen Stau haben. Wenn Sie einmal die Eckwerte nehmen, dann rechnen die sich auf weit über 90 000 mögliche Flugbewegungen hinauf.

Ich darf Ihnen berichten - ich werde es im Ausschuß gerne im einzelnen nachtragen -, daß Gespräche mit dem Flugplankoordinator ergeben haben, daß die Koordination für 1990 befriedigend für alle abgeschlossen worden ist, so daß ich die große Hoffnung habe, daß, wenn die Flughafengesellschaft Düsseldorf, aber auch die Flughafengesellschaft Köln/Bonn und die Gesellschafter, die dahinterstehen, jetzt die Chance ergreifen, die geschäftsleitende Holding zu realisieren

und Luftverkehrspolitik für Nordrhein-Westfalen aus einem Guß zu machen, dieses hier auch kein Engpaß sein muß, der Düsseldorf einengt und einschränkt. (C)

Sie wissen, daß da die Zusammenarbeit mit Mönchengladbach und vieles andere eine gute Chance bieten können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Thema nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst ist abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4985, Sonderprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Wer dem Entwurf des Einzelplans 08 entsprechend den Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 10/4908 und 10/4975 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 08 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe Nummer 6 auf:

Einzelplan 11: Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (D)

Herr Minister Dr. Zöpel wird durch Herrn Minister Einert vertreten. Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4987 vor. Es gibt eine Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4911. Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Frau Abg. Thomann-Stahl für die F.D.P. - Ist das richtig?

(Frau Thomann-Stahl (F.D.P.): Herr Präsident, wenn Sie das so verfügen, dann ist das richtig.)

- Nein, mir ist eben von Herrn Kollegen Dreyer gesagt worden, daß Sie nach einer internen Absprache zwischen Ihnen das Wort haben. Ist das richtig oder nicht?

(Frau Thomann-Stahl (F.D.P.): Ich wollte mit dem Bereich Verkehr beginnen, Herr Kollege. - Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))